

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1927**

79 (20.5.1927)

**Erscheint täglich**  
mit Ausnahme der Feiertage.  
**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-träger frei ins Haus  
monatlich Goldmark 1.50  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr  
Sonntags geschlossen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 11  
Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6908

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung** Begr. 1839  
**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentliche Beilagen: Mode und Heim • Der Kobold • Neue Illustrierte • Landwirtschaftliche Beilage

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und Zertitel ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Vertreibung erlischt.  
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:  
Bereitsbank Sinsheim  
c. G. m. b. S.

Nr. 79.

Freitag, den 20. Mai 1927.

88. Jahrgang

## Seipels Regierungserklärung.

Wien, 19. Mai. Im Nationalrat entwickelt Bundeskanzler Seipel das Programm des Kabinetts. Keine der drei im Kabinett vertretenen Regierungsparteien hätte etwas von ihrem eigenen Programm und ihrer Selbständigkeit aufgegeben. Alle drei Mehrheitsparteien hätten sich verpflichtet, alles Trennende zurückzustellen, um ihre ganze gemeinsame Kraft darauf zu verwenden, endlich den wirtschaftlichen Notstand, unter dem die ganze Bevölkerung leidet, zu überwinden. Auf die Beziehungen zum Ausland übergehend, erklärte Seipel, daß man jener Zeit näher rücke, in welcher es den Völkern und Staaten beschieden sein werde, ihre endgültigen Pläne miteinander und nebeneinander einzunehmen. Oesterreich sei außenpolitisch gut hierfür vorbereitet, weil es mit allen Staaten freundschaftliche Beziehungen unterhalte, die zu befestigen und auszubauen die Regierung sich bemühen werde. Die Gerüchte bezüglich einer gewissen Bedrohung des Burgenlandes, die geeignet waren, das freundschaftliche Verhältnis zwischen uns und Ungarn zu trüben, haben sich als unbegründet erwiesen. Was den Grad der Herzlichkeit unserer außenpolitischen Beziehungen anlangt, so spielt nichts eine größere Rolle als das Schicksal jener Bürger, anderer Staaten, welche mit uns gleichen Blutes und gleicher Sprache sind. Wir sind uns jederzeit bewußt, daß wir für die Klagen, welche in dieser

Beziehung laut geworden sind, nicht die diplomatische Vertretung dieser unserer Volksgenossen übernehmen können, weil es sich um Bürger fremder Staaten handelt. Aber es sind lebendige Nervenstränge, die zwischen ihnen drüben und uns hängen hin und herlaufen. In letzter Zeit ist oft ein Zittern durch diese Nervenstränge gegangen. Dies konnte nicht unsere Außenpolitik beeinträchtigen, wohl aber den Ton der öffentlichen Auseinandersetzung beeinflussen. Ich hoffe, daß wir in dieser Beziehung besseren Zeiten entgegengehen, als es die letzten Jahre gemessen sind. (Beifall.) Ganz besonders liegt uns die Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu unseren Brüdern im Deutschen Reich am Herzen. (Großer Beifall.) In geistiger Beziehung kann natürlich das Verhältnis nicht mehr enger werden. Wir sind ja mit ihnen durch die gleiche Abstammung, gleiche Kulturerziehung und gleiche Geschichte verbunden. Aber wir wünschen darüber hinaus, alles zu fördern, was auf wirtschaftlichem oder anderem Gebiete die Annäherung der beiden Staaten zu einer engeren machen kann. (Beifall.) Wir werden streben, auf diesem Wege in dem Maße Fortschritte zu machen, als es je nach der Zeitlage möglich und zulässig ist. Im übrigen stelle ich fest, daß die österreichische Außenpolitik sich weder in der Person ihres Leiters noch in ihren Zielen und Methoden ändern wird.

## Das Zündholz-Monopol.

Der Reichswirtschaftsminister verteidigt den Gesetzesentwurf über die Herstellung der Zündhölzer.

Berlin, 20. Mai. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius suchte im Reichstage die gegen das Zündholzmonopol laut gewordenen Bedenken zu zerstreuen. Der Vorwurf, daß die Regierungsparteien im Ausschuss eine Vergewaltigung der Minderheit und einen Bruch der Geschäftsordnung vorgenommen hätten, sei vollkommen ungerichtet. Der Entwurf sei im Ausschuss eingehend und sorgfältig bearbeitet worden, und es war die Ueberzeugung aller Beteiligten, daß die ganze Materie voll angeklärt sei. Die Zurückverweisung an den Ausschuss erfolge nur wegen des sogenannten Falles Behrens, der ebenfalls voll geklärt worden ist. Trotz der besonderen persönlichen Beziehungen des Abgeordneten Behrens hat dieser die Berichterstattung nach jeder Richtung hin objektiv geführt. Der Minister wendet sich dann der Vorlage selbst zu. Von einer Schädigung deutscher Interessen könne keine Rede sein. Es sei selbstverständlich und durchaus loyal, wenn der Schwedentrust an der einmal erzielten Verständigung so weit wie irgend möglich festhalte. Das überwiegende Interesse der deutschen Werke bestehe in der Aufrechterhaltung des Vertrages und im Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes. Das Einzelne noch Sonderprivilegien erstreben, sei eine Erscheinung, die man in der Kartellpraxis dauernd beobachten könne. Die Ablehnung des Gesetzesentwurfs würde die Sprengung des Syndikats und die vollständige Aufhebung der deutschen freien Fabriken bedeuten. Bei Annahme des Gesetzes seien die Vorteile für die deutsche Volkswirtschaft eine

eine ganze Anzahl sehr ehrenwerter Mitglieder sehr oft verzichten müssen. Der Redner verweist auf die Aufsichtsrats-tätigkeit der demokratischen Abgeordneten Fischbein und Fischer-Röhl, von denen der letztere 45 Aufsichtsratsstellen besitze. Behrens habe sich in der ganzen Angelegenheit einwand- und tadelfrei benommen.

Abg. Schlag (Str.) hält ebenfalls die Tätigkeit des Abgeordneten Behrens für völlig einwandfrei. Wenn das Gesetz nicht angenommen wird, so besteht die Gefahr, daß die deutsche Zündholzindustrie und die deutschen Verbraucher dem Schwedentrust ausgeliefert werden. Die führenden Männer der großen Konsumvereinskoalition sehen die Frage des Zündholzmonopols rein wirtschaftlich an und nicht politisch. Mit der Annahme des Gesetzes dient man der deutschen Zündholzindustrie und den deutschen Verbrauchern.

Abg. Rosenbaum (Komm.) vertritt die gegenteilige Meinung.

Abg. Fischbein (Dem.) sieht in der Ausschussfassung eher eine Verschlechterung der Regierungsvorlage als eine Verbesserung. Einen Konsumerschutz werde dieses Gesetz nicht bringen, wenn es die wirtschaftliche Freiheit hemme. Für die deutsche Volkswirtschaft sei das Gesetz ohne Wert. Die Schweden würden jetzt viel besser dastehen als vorher. Abg. Rauch-München (Bayer. Volksp.) erklärt: Das Gesetz sei nicht ein Eingriff in die Gewerbefreiheit, sondern ein Eingriff in die schrankenlose Macht des ausländischen Kapitals, deutsche Fabriken zu ruinieren und deutsche Arbeiter auf die Straße zu setzen.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Es folgt die Beratung einer Entschließung des Bildungsausschusses über Berufsschulkurse für Schulentlassene.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) empfiehlt als Berichterstatter des Ausschusses die Entschließung zur Annahme, die die Reichsregierung erucht, mit den Ländern in erneute Verhandlungen einzutreten, um die Frage einer reichsgesetzlichen Regelung des Reichsschulwesens zu klären, ferner zu erwägen, im Benehmen mit den Ländern Mittel für jugendpflegerische Arbeit an den erwerbslosen Schulentlassenen und zur Pflege ihrer beruflichen Ausbildung und Fortbildung bereitzustellen.

Abg. D. Löwenstein (Soz.) hält die Ausschussent-schließung nicht für ausreichend und empfiehlt eine Entschließung seiner Fraktion, wonach ein- bis zweijährige Berufsschulkurse für Schulentlassene als unentgeltliche Pflichtkurse geschaffen werden sollen. Ferner soll für ausreichende wirtschaftliche Beihilfen für Jugendliche dieser Klasse gesorgt werden.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Entschließung wird die Entschließung des Ausschusses angenommen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Dienstag, den 14. Juni, 15 Uhr. Schluß 15.15 Uhr.

## Der Reichsrat stimmt der Verlängerung des Republiksschutzgesetzes zu

Berlin, 20. Mai. Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen Vollversammlung dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz zur Verlängerung des Republiksschutzgesetzes zu, ohne Einspruch zu erheben. Dagegen stimmte nur der Vertreter Pommerns. Ferner wurde eine Reihe kleiner Vorlagen erledigt, u. a. der Gesetzesentwurf über die Wiederinkraftsetzung des Freundschafts- und Handelsvertrages mit Bolivien und ein Ueber-einkommen über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen. Auch der Verlängerung der Passschußordnung um weitere zwei Jahre stimmte der Reichsrat zu.

## Keine Kohlenpreiserhöhung.

Der Antrag des Ruhrkohlenyndikats vom Reichskohlenrat abgelehnt.

Berlin, 18. Mai. Ueber die heutige Beratung des großen Ausschusses des Reichskohlenrats wird folgendes mitgeteilt: Der Reichskohlenrat hatte in seiner Sitzung vom 18. Mai sich mit

den Preisträgern des Ruhrkohlenyndikats und der Mitteldeutschen und Ostelbischen Braunkohlenyndikats zu befassen. Die Erörterungen haben ergeben, daß die Lage des Ruhrbergbaues sich nicht so günstig darstellt, wie es die Öffentlichkeit bisher anzunehmen pflegte. Trotzdem und mit Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft haben sich die Organe der Kohlenwirtschaft nicht entschließen können, einer Preiserhöhung für die Ruhrkohle zuzustimmen. Der Preiserhöhungsentwurf des Ruhrkohlenyndikats wurde abgelehnt. Bezüglich der Anträge der Braunkohlenyndikats, die ausschließlich auf eine Preiserhöhung des Hausbrandes gerichtet waren, wurden die zur Begründung beigebrachten Unterlagen nicht als ausreichend erachtet. Es wurden zwei Ausschüsse eingesetzt, die zunächst in eine eingehende Prüfung darüber eintreten sollen, ob und inwieweit das von den beiden Braunkohlenyndikats vorgebrachte Material für eine Preiserhöhung stichhaltig ist.

## Dr. Ekener über seinen Besuch in Amerika.

New York, 17. Mai. Dr. Hugo Ekener, der mit dem Dampfer „Columbus“ nach Deutschland zurückkehrt, erklärte vor seiner Abreise, er habe die Good Year Zeppelinwerke in Akron (Ohio) besichtigt, wo man den Bau eines Luftschiffes vom Zeppelinplaner plane, das größer werden solle als die „Los Angeles“. Die „Los Angeles“ werde „als einziges Kind“ vom Marineamt sorgsam behütet, damit ihm kein Schaden zustoße, bis die Good Year Zeppelinwerke den neuen Luftkrieger erbaut hätten. Er habe sich sehr gefreut, das von ihm erbaute und nach Amerika gebrachte Luftschiff in so glänzendem Zustand zu sehen.

## Die letzte Verpflichtung erfüllt!

Die Versorgungsarbeiten an der Oligrenze beendet.

Berlin, 19. Mai. Die in Erfüllung der letzten Entmännungs-verpflichtungen vorzunehmende Sprengung der 88 Unterstände bei Königsberg und Ruffeln ist, wie verlautet, bereits durchgeführt. Die Befestigungsanlagen sind einschließlich der Betonfundamente zerstört. Damit ist Deutschland seinen Verpflichtungen noch vor dem zugesagten Zeitpunkt (1. Juli) nachgekommen. Der frühere Reichskommissar für Entmännungsfragen, General von Pawelski, der die Aufsicht über die Sprengungsarbeiten im Osten geführt hat, wird in diesen Tagen der Reichsregierung von der Beendigung dieser Arbeiten Meldung machen. In welcher Weise die Reichsregierung den Mächten der Entente von diesem Tatbestand Kenntnis gibt, steht zurzeit noch nicht fest; man wird aber annehmen dürfen, daß das Reichskabinett in kurzem sich darüber schlüssig wird. Die von Paris geforderte Inspektion der Vollendung der Sprengung durch die den hiesigen Vertretungen der alliierten Mächte zugewiesenen militärischen Sachverständigen kommt bekanntlich nicht in Frage.

## Das Hultschiner Deutschtum.

Die tschechische Unterdrückungspolitik.

Breslau, 17. Mai. Nach Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle nimmt die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung im Hultschiner Ländchen, das nach dem Verfall der Vertrag von Deutschland an die Tschechoslowakei abgetreten werden mußte, unvermindert ihren Fortgang. Trotz des Eintritts deutscher Parteien in die Regierung gelang es bis heute nicht, die Prager Regierung zur Aufhebung des aller Gerechtigkeit höhnischen Ausnahmezustandes in Hultschin zu bewegen. Nach wie vor sind die Hultschiner der Willkür des mit den Amtsgeschäften des Bezirkes Hultschin betrauten Landespräsidenten in Troppau und der ihm unterstellten tschechischen Behörden ausgeliefert. Wie der ihm festzustellen ist, entspricht die in letzter Zeit auch durch die reichsdeutsche Presse gegangene Nachricht, daß es den deutschen Parteien gelungen sei, die Genehmigung für die Errichtung deutscher Schulen in Hultschin zu erlangen, in keiner Weise den Tatsachen. Außer in den vollständig deutschen Gemeinden Thaum und Janbich besteht im Hultschiner Bezirk keine einzige deutsche Schule, obwohl sich etwa 64 Prozent der ungefähr 50 000 Seelen zählenden deutschen Bevölkerung bei den Nationalwahlen zum Deutschtum bekannt haben. Ueber 300 deutsche Kinder sind noch heute gezwungen, außerhalb Hultschin in deutsche Schulen zu gehen. Neuerdings propagiert die tschechische Presse eine verstärkte Hege gegen den deutschen Privatunterricht. Unter dem Stichwort „Germanisationsbestrebungen in Hultschin“ veröffentlicht das nationaldemokratische Organ „Narodni Listy“ einen Hilferuf gegen die Organisationen des deutschen Privatunterrichts, denen es nur darum zu tun sei, „den zarten Kinderseelen (soll heißen: tschechischen Kindern) deutschen Geist einzupflanzen.“ „Der deutsche Privatunterricht in Hultschin ist ein Uebel, das die Konsolidierung der dortigen Verhältnisse stark bedroht.“ In solchen und ähnlichen Redewendungen ergeht sich der besorgte Verfasser dieses Artikels, der eine Besserung der Dinge nur in der Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinne sieht, daß der Privatunterricht von der Bewilligung der Schulbehörden abhängig gemacht werde. Das bisherige System des privaten deutschen Unterrichts, so schließt der Artikel, dürfe nicht länger geduldet werden, wenn in Hultschin Ruhe herrschen und das Bestreben um die Befestigung des nationalen und staatlichen Gedankens in Hultschin Erfolg haben solle. Vor einigen Tagen ist eine Abordnung der Hultschiner Deutschen in Prag beim Schulminister Dr. Hodzcha vorstellig geworden. Sie erhob scharfen Einspruch gegen den nun seit sieben Jahren ununterbrochenen Ausnahmezustand im Hultschiner Gebiet.

## 500 Millionen Steuern rückständig!

Bereinschaffung der Steuererklärung: Künftig nur noch eine Deklaration!

Die Reichsregierung plant eine Maßnahme, die, wenn sie Tatsache werden sollte, durchaus begrüßt werden muß. Sie will nämlich eine Vereinfachung der Steuererklärungen durchführen. Ein jeder weiß, wie schwierig es heute ist, sich in den zahlreichen Formularen, die einem von der Steuerbehörde für die große Zahl von Steuern ins Haus geschickt werden, auszukennen. Abgegeben aber davon wird durch eine solche Art der Steuererhebung außerordentlich viel Zeit und Arbeitskraft, sowohl bei dem Publikum wie auch bei der Finanzbehörde selbst vergeudet. Ueberdies ist natürlich auch bei einer verzweigten Art von Steuererklärungen die

G. BECKER'SCHE  
BUCHDRUCKEREI

Aufwendung größerer finanzieller Mittel notwendig als bei einer möglichst einfachen Art der Durchführung.

Die Frage einer möglichen Vereinfachung der Steuererklärung spielte in den Verhandlungen, die heute vormittag im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler mit den Finanzministern der Länder stattfanden, eine besonders große Rolle.

Die Vereinfachung der Steuererklärung wird auch, so hofft das Reichsfinanzministerium, insbesondere die Möglichkeit geben, die Steuerrückstände, die gegenwärtig etwa 500 Millionen betragen, leichter und schneller zu erfassen, da durch die beabsichtigte neue Art der Steuererhebung eine größere Ueberblickbarkeit erzielt wird.

Reichspostminister Dr. Schäkel über die Gebührenvorlage

Berlin, 20. Mai. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost begann gestern die Besprechung über die Gebührenvorlage.

Der Projekt der deutschen Wirtschaft übersehe indes, daß die Deutsche Reichspost keine Erhöhungen über den Standard hinaus vornehme, sondern lediglich nachhole, was alle Kreise der deutschen Wirtschaft ausnahmslos längst vollzogen hätten.

Dr. Schäkel wies weiter darauf hin, daß er dem Reichstag die Lage der Deutschen Reichspost als gesund, aber gespannt erklärt habe.

darf set auf anderem Weg als durch Einnahmemehrung nicht möglich. Weitere Ausgaben zu machen, ohne Deckung, könne oder würde er nicht verantworten.

Der Arbeitsausschuß trat hierauf in die Debatte ein, die sich voraussichtlich bis Samstag ausdehnen wird.

Minister Dr. Fehr über die deutsche Bauernschaft

Berlin, 19. Mai. In einer Pressebesprechung im Reichstag zu der die neugegründete Deutsche Bauernschaft eingeladen hatte, legte Dr. Fehr die Ziele der Deutschen Bauernschaft dar.

Das Guildhall-Bankett.

London, 18. Mai. Vor dem Guildhall-Frühstück wurde eine Begrüßungsrede der City von London an den französischen Präsidenten gehalten, in der es heißt: „Wir hoffen, daß, ebenso wie Euer Land und unser eigenes Seite an Seite den ganzen Krieg durchfochten, Frankreich und Großbritannien Seite an Seite helfen mögen, eine friedliche Lösung der schwierigen Probleme, denen die zivilisierte Gesellschaft gegenübersteht, zu bringen.“

großen nationalen Interessen entdecken ließ, sowie den glücklichen Einfluß, den ihre gemeinsame Aktion in der Welt für die Aufrechterhaltung des Friedens ausüben könnte.

Die beiden Ententen.

In Joachimsthal hat jedoch die Kleine Entente ihre Jahreskonferenz gehalten, und in London hat der französische Präsident Doumergue bei seinem Besuch die entente cordiale bekräftigt.

Und hier sind bereits die Unterschiede in den Auffassungen der verschiedenen Staatsmänner deutlich. Denn in der positiven Ordnung in Europa zeigen sich eben die Differenzen zwischen den Mächten, wie das ja auch in dem Beschluß der Konferenz der Kleinen Entente zum Ausdruck gekommen ist.

Pariser Pressestimmen zur Aussprache Briand-Chamberlain

Paris, 19. Mai. Im „Echo de Paris“ glaubt Pertinax kaum, daß sich die gestrige zweistündige Aussprache zwischen



Doch ehe Lia noch antworten konnte, klang von draußen das scharfe Knattern eines Motors, das junge Mädchen sprang auf.

schichte sein, wie heißt es im „Zigeunerbaron?“ Die Liebe, die Liebe ist eine Himmelsmacht!

Er zog das junge Mädchen an sich. „Du! Oh du!“ Und nun ein Jubelruf: „Lia! Dir danke ich das Leben — dies Wunder, und ich — ich kann ja nicht sein ohne dich —!“

Chamberlain und Briand auf Einzelheiten bezogen habe. Es sei nicht Briands Gewohnheit, sich in Einzelheiten zu ergeben. Auch habe er keine einzige Akte mit nach London genommen. Dazu käme, daß Englands Hauptinteresse der russisch-englischen Spannung gelte und Frankreich sein Hauptaugenmerk auf den Adria-Konflikt richten müsse. Zur Verschärfung des jugoslawisch-italienischen Verhältnisses hätte Chamberlains Politik wesentlich beigetragen. Noch im Dezember hätte ein Wort von ihm genügt, dem Adria-Konflikt jede gefährliche Wendung zu nehmen. Dieses Wort habe aber Chamberlain eben nicht ausgesprochen. Frankreich könne für den Augenblick nichts anderes machen, als in Rom und Belgrad beruhigend einzuwirken. Im Dezember dürfte aber der Konflikt zur endgültigen Regelung vor den Völkern gebracht werden.

Zur russisch-englischen Spannung bemerkt Fertinax, daß sich London gegenüber Moskau zu sehr auf den offenen Kampf eingestellt habe, so daß es die letzten russischen Forderungen nur ablehnend beantwortet und auf den Abbruch der Beziehungen hinarbeiten konnte. Das sei eine heisse Sache für Frankreich, denn England werde in diesem Fall Frankreich zum Nachgeben in der Räumungsfrage zu beeinflussen suchen, damit es Deutschland zur Abänderung seiner östlichen Politik bewegen könne. Frankreich könne aber England auf diesem Wege nicht folgen. Frankreich könne nicht in eine Verminderung seiner Rechte und Garantien zugunsten Deutschlands einwilligen.

Nach dem „Matin“ wird in englischen Kreisen versichert, daß sich die gestrige Ministerunterredung vor allem mit der Verminderung der Besatzungstruppen beschäftigt habe. In dieser Frage würde aber vor dem 15. Juni, dem Termin für die Schließung der Dispositionen, keine Entscheidung fallen. Chamberlain scheine darin auch mit Briand übereinzustimmen. Ueber die Gefahr des russischen Kommunismus seien sich Briand und Chamberlain durchaus einig gewesen.

Das „Journal“ stellt die Staatspräsidentenreise als einen großen Höflichkeitsspektakel dar. Das gleiche stellt auch die Vintz-presse fest, besonders das sozialistische „Deuvre“, das betont, die Behauptung sei unsinnig, die von einem französischen Nachgeben müssen in der englischen Außenpolitik sprechen.

Für die kommunistische „Humanité“ bedeute Doumergues Besuch in London nichts weiter als ein Kriegsbündnis gegen China, die Sowjetunion und den Kommunismus.

Die „Times“ feiert die Entente cordiale.

London, 19. Mai. Die „Times“ feiern heute an leitender Stelle den Erfolg des Besuchs des französischen Staatspräsidenten. Der Besuch sei tatsächlich mehr als eine formale Befähigung der alten Entente gewesen. Die jüngste Geschichte habe die Existenzberechtigung der Entente zwischen Frankreich und England so bewiesen, daß sie auch gelegentlich Mißstimmungen über Teile der Friedensprobleme in der Auslegung der Verträge nicht hätten erschüttern können.

Doumergue und Briand auf der Rückreise

Berlin, 20. Mai. Wie die Abendblätter aus London melden, haben Präsident Doumergue und Außenminister Briand gestern nach Beendigung ihrer offiziellen Besuche die Rückreise nach Frankreich angetreten.

Paris, 19. Mai. Der französische Staatspräsident Doumergue und Außenminister Briand sind heute in den frühen Abendstunden wieder in Paris eingetroffen.

Die deutschen Abgeordneten wenden sich an Pilsudski

Katowitz, 20. Mai. Am Dienstagabend fand eine Konferenz sämtlicher deutscher Abgeordneten Deutschoberschlesiens statt, in der zu den Vorfällen in Lubitz und Chwalowitz Stellung genommen wurde. Es wurde beschloffen, an Marschall Pilsudski folgendes Telegramm zu senden:

Die fürchterlichen Vorgänge in Lubitz und Chwalowitz beweisen die völlige Schutzlosigkeit der deutschen Bevölkerung in der schlesischen Wojewodschaft. Unter dem Deckmantel des Patriotismus werden an wehrlosen Deutschen Banditentaten verübt. Träger des Banditentums sind Aufständische, Vorkämpfer beim Wojewoden sind ergebnislos geblieben. Die Meldung der „Pat“ verläßt die Wahrheit. Den Herrn Marschall rufen wir zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände an. Wir bitten, uns in Audienz zu empfangen, um über die Geschehnisse wahrheitsgetreu berichten zu können. Den Tag des Empfanges bitten wir telegraphisch bestimmen zu wollen. gez. Pant. Namens der deutschen Abgeordneten der schlesischen Wojewodschaft.

Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf

Der Resolutionsentwurf de Nolas vom Redaktionskomitee angenommen.

Genf, 20. Mai. Das Redaktionskomitee für die industrielle Kartellierung hat gestern vormittag seine Arbeiten endgültig abgeschlossen. Der Antrag des italienischen Industriellen de Nola ist angenommen worden. Die Industrie-kommission wird am Freitagvormittag zu einer Kommissions-sitzung zusammentreten, um den Bericht des Redaktionskomitees entgegenzunehmen.

Von deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß der gestern angenommene Resolutionsentwurf de Nolas im vollen Umfang der von deutscher Seite vertretenen These entspricht. Der Resolutionsentwurf beschäftigt sich in großen Zügen mit der Feststellung der Bedeutung sowie der Entwicklung des industriellen Kartellwesens, ohne jedoch Fragen der Handelspolitik zu behandeln. Der französische Delegierte, der Industrielle Payerimhoff, der bisher die Bericht-erstattung in der Kommission hatte, ist vorgestern abend nach Paris abgereist und hat dem italienischen Industriellen Perelli sein Amt übertragen. Der französische Entwurf ist in allen Punkten abgelehnt worden.

blaue und gelbe Muster auf die grauen, mit Waldblumen überfüllten Steinfliesen. Vor dem Altar knien die Neuer-mählten: Hubertus und seine junge Frau, Deliane, Wild-gräfin zur Egebe. — Und ihnen zunächst stehen in zwei Reihen der Forstmeister, die beiden Oberförster, Boigt und Mertens mit ihren jungen, glückseligen Frauen, die Rezierförster, Unterförster und Jagdwächter, die Hand am Hirschfänger, die Häupter entblößt. — Die Ringe sind gewechselt, die Worte des Segens ver-lungen.

Da seht leise, traumhaft leise die Orgel ein, und nun schwingt sich über die lang hinsitzenden Töne eine wunderbare, glöckerne Sopranstimme empor, sehnsüchtig und gläubig wie ein Gebet:

„In Dein Erbarmen hülle Mein schwaches Herz, Und mach' es gänzlich stille In Freud' und Schmerz, Laß ruh'n zu Deinen Füßen Dein armes Kind, Es wird die Augen schließen Und glauben blind!“

Der Eindruck der russischen Arcus-Note in London

London, 19. Mai. (Zuspruch.) Die russische Arcus-Note hat — wie an dieser maßgebender Stelle verlautet — keineswegs überzeugend gewirkt. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß die Note die russischen Verpflichtungen aus dem Abkommen vom Januar 1921 nicht erwähnt. Der russische Hinweis, daß die Führer der Handelsdelegation sich „fast immer“ besonderer diplomatischer Privilegien erfreut hätten, habe in offiziellen Kreisen alles andere als einen ernsten Eindruck gemacht. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß der Leiter der russischen Handelsdelegation und der Arcus gleichzeitig kommissarischer Attache der russischen politischen Vertretung gewesen sei. Für seine Tätigkeit in der Arcus könne er die Immunität, auf die er als Attache Anspruch habe, nicht beanspruchen. Man ist in offiziellen Kreisen im Uebrigen der Auffassung, daß der ganze Zwischenfall im Abflauen begriffen ist, ein Verlauf, der offenbar nicht unerwünscht kommt.

Drei englische Noten in Bereitschaft

Berlin, 20. Mai. Die „Tägliche Rundschau“ meldet aus Paris: Nach Meldungen aus London hält die englische Regierung drei Noten bereit, von denen eine je nach den Umständen in Beantwortung der russischen Protestnote nach Moskau abgeschickt werden soll. In der ersten Note wird kurz und bündig das Wirtschaftsabkommen mit Sowjetrußland getündigt und zwar ohne Rücksicht auf die laufende 6-monatige Kündigungsfrist mit der Begründung, daß die russische Handelsvertretung in London sich grober Veröße schuldig gemacht habe. Die zweite Note läßt die Tür weiteren Verhandlungen offen, wie der Aufrechterhaltung der bestehenden Beziehungen, mit dem Vorbehalt, daß die aus-wärtigen Vertretungen der Sowjetregierung ihre Metho-den gründlich ändern. Die dritte kündigt den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen an, wobei festge-stellt wird, daß die Sowjetregierung für diese Maßnahmen die ausschließliche Verantwortung trage.

Baden.

Genossenschaftsaktionen in Konstanz.

Von der Tagung des Verbandes landwirtschaftlicher Ge-nossenschaften in Konstanz über die wir bereits in unserer Montagsnummer berichtet haben, ist Folgendes noch hinzuzufügen: Die Bad. Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H., Karlsruhe, konnte bei ihrer Generalversammlung, die von Verbandspräsi-dent Reibel geleitet wurde, zahlreiche Mitglieder begrüßen. Den Geschäftsbericht erstattete Bankdirektor Kundel. Aus ihm geht hervor, daß das Eigenkapital und die Spareinlagen wesentliche Erhöhungen erfahren. Der Kreditbedarf der Landwirtschaft war nach wie vor groß. Der erzielte Reingewinn wurde teils den Reserven überwiesen, teils zur Ausschüttung einer 9 prozentigen Dividende auf die eingezahlten Geschäftsanteile verwandt. Außer-dem wurde ein namhafter Aufwertungsreservefonds gebildet, der zur Vornahme freiwilliger Aufwertung der früheren Sparein-lagen dienen soll. Die Geschäftsanteile der Mitglieder bei der Bank betragen R.-Mk. 1 885 000.—, die Haftsumme R.-Mk. 18 885 000.—, Reservefonds und Betriebsrücklagen R.-Mk. 400 000.— Die aus-scheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wieder gewählt. Den Schluß der Tagungen machte der Bad. Molkereiverband e. V. Präsident Wahl, Scherzheim, eröffnete die Sitzung und begrüßte die Erschienenen. Geschäftsführer Meß-mer erstattete den Jahresbericht, aus dem die große Bedeutung und Ausdehnung der Molkerei- und Milchgenossenschaften her-vorging. Der Mitgliederstand des Verbandes betrug am Jahres-ende 277 Mitglieder. Im Berichtsjahr wurde eine Verwer-tungsstelle der Erzeugnisse der Verbandsgenossenschaften, die „Landeszentrale des Bad. Molkereiverbandes e. G. m. b. H.“ gegründet. — Die Jahresrechnung wurde genehmigt; der Vorstand und Aufsichtsrat entlastet. Nach den Wahlen zum Verbandsaus-schuß hielt Ober-Reg.-Chemiker Dr. Schaller, Augustenberg, einen sehr interessanten Vortrag über: „Die Bejahung der Milch nach Qualität.“ Nach getaner Arbeit mochten die Genossen-schafter eine gemeinsame Bodenseefahrt mit 3 Sonderdampfern, die die Teilnehmer zu den Wingervereinen Meersburg und Hag-nau und zu einer Kostprobe der Wingerweine des Bodensees führte.

Losung zum Evang. Jugendsonntag.

In einer Sitzung des Ausschusses für die evang. Jugend-pflege, der die Vertreter sämtlicher evang. Jugendverbände in Baden umfaßt, wurde als gemeinsame Losung für die Feier des Jugendsonntags am 19. Juni bestimmt: „Unser Wesen ist: zu leuchten, unser Segen ist: zu blühen.“

Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge.

Von der Landesversicherungsanstalt Baden wird folgendes mitgeteilt: Das Reichsgesetz vom 8. April 1927 über Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung (R.G.B. I S. 98) ver-doppelt die Steigerungsbeträge für Beitragszeiten vor der In-flation (1. Oktober 1921) beteiligt auch die alten — vor dem 1. April 1925 festgesetzten — Hinterbliebenenrenten an diesen Steigerungsbeträgen, gibt der 65 jährigen Witwe die Alters-witwenrente und verbindet mit einer Invalidität, die vor dem 1. Januar 1912 entstanden und bis zum 1. Januar 1924 ent-schädigt worden ist, die Anwartschaft auf Hinterbliebenen-fürsorge. Der Wert der neuen Leistungen wird auf 190—200 Millio-nen RM. im Jahre geschätzt. Neue Leistungen erfordern neue Beiträge. Demgemäß hat der Reichstag die bisherigen Beiträge zur Invalidenversicherung um durchschnittlich 24 v. H. erhöht und für einen Wochenlohn von mehr als 36 RM. eine neue Lohnklasse VII mit einem Wochenbeitrag von 2 RM. eingeführt. Die Erhöhung der bisherigen Invalidenversicherungsbeiträge tritt am 27. Juni 1927 in Kraft. Von diesem Tage ab sind zu zahlen: bei einem Wochenverdienst bis 6 RM. (= Lohnkl. I) wöchentl. 30 „ „ „ „ von 6 RM. „ 12 „ (= „ II) „ 60 „ „ „ „ „ 12 „ 18 „ (= „ III) „ 90 „ „ „ „ „ 18 „ 24 „ (= „ IV) „ 120 „ „ „ „ „ 24 „ 30 „ (= „ V) „ 150 „ „ „ „ „ 30 „ 36 „ (= „ VI) „ 180 „

Die neue Lohnklasse VII (Wochenverdienst: von über 36 RM.) mit einem Wochenbeitrag von 2 RM. gilt erst vom 2. Jan. 1928 an; bis dahin sind für die Versicherten mit einem Wochen-verdienst von über 36 RM. Beiträge der Lohnklasse VI zu ent-richten. Neben dieser gelegentlichen Erhöhung der Beiträge werden die Invalidenversicherungsbeiträge in zahlreichen Fällen durch die derzeit von den badischen Bezirksämtern — Versicherungsäm-tern auf Anordnung des badischen Ministeriums des Innern durch-geführte Neufestsetzung der Sachbezüge beeinflusst werden, in-dem diese häufig die Einstufung solcher Versicherten, die — wie häusliche und landwirtschaftliche Bedienstete — von dem Arbeit-geber Kost und Wohnung erhalten, in eine höhere Lohnklasse nötig machen wird. Um jedoch den Arbeitgebern entgegenzu-kommen, ist die Landesversicherungsanstalt Baden damit ein-verstanden, daß auch diese HöherEinstufung erst am 27. Juni 1927 stattfindet. Arbeitgebern, die mit ihren Invalidenversicherungs-beiträgen im Rückstand sind, wird dringend empfohlen, die Bei-tragsentrichtung und Markenknebung für ihre Versicherten als-bald in Ordnung zu bringen, da aufgrund des neuen Gesetzes vom

1. August 1927 ab auch für vor dem 27. Juni 1927 liegende Beschäftigungsverhältnisse die neuen höheren Beiträge zu ent-richten sind.

Nuntius Pacelli in Mannheim und Heidelberg

Mannheim, 19. Mai. Nuntius Pacelli traf mit dem Freiburger D-Zug 11.22 Uhr in Mannheim ein. Er wurde von einer Abordnung, darunter Prälat Bauer und Landes-kommissar Hepting auf dem Bahnsteig begrüßt und zu den Autos geleitet, die ihn, seine Begleiter und die Mannhei-mer Herren nach Heidelberg brachten.

Heidelberg, 19. Mai. Gestern Mittag kurz nach 12 Uhr traf Nuntius Pacelli in Begleitung von Erzbischof Dr. Friz von Mannheim kommend hier ein. In der Jesuiten-kirche hatten die Epäsen der staatlichen und städtischen Be-hörden der Kirche und der Vereine sowie die katholische Studentenverbindung Auffstellung genommen. Die gesamte katholische Geistlichkeit von Heidelberg war erschienen. Unter Orgelspiel zog der Nuntius Pacelli in die Kirche ein und hielt eine kurze Ansprache, worauf er den Segen erteilte. Im Anschluß an die kirchliche Feier fand im Piarz-haus eine interne Begrüßung der Geistlichkeit statt, an die sich ein Mittagessen im Hotel Heidelberger Hof an-schloß. An diesem nahmen u. a. teil: Landeskommissar Hepting, Landrat Geh. Reg.-Rat Dr. Kiefer, Oberbürgermeister Dr. Walz, der Rektor der Universität, Geh. Rat Panzer und Hofkaplan Helm. Es schloß sich eine Besichtigung der Un-versitätsbibliothek an, worauf sich Nuntius Pacelli mit sei-ner Begleitung zur Moltkenkur begab. Abends besichtig-ten sie das Schloß. Am Abend hielt Nuntius Pacelli noch eine Mahandacht ab und verließ nach 8 Uhr Heidelberg.

Auf der Fahrt nach Mannheim passierte Nuntius Pa-celli heute Vormittag 10.21 Uhr den Karlsruher Haupt-bahnhof. Zur Begrüßung hatte sich Ministerialrat Fretsch im Namen der badischen Staatsregierung eingefunden, der sich mit dem Nuntius und dem ihn begleitenden Erzbischof während des kurzen Aufenthalts unterhielt. Nuntius Pa-celli erteilte den auf dem Bahnsteig anwesenden Personen, die ihn grüßten, vom offenen Fenster aus den päpstlichen Segen.

Letzte Telegramme in Kürze.

Der russische Antrag. — Genf in Schwierigkeiten. — Sams-tag Vollkonferenz.

Genf, 19. Mai. Heute nachmittag fanden eingehende pri-vate Besprechungen über die weitere Behandlung des heute eingegangenen russischen Antrages zwischen den Mitglie-dern des Koordinationskomitees der Weltwirtschaftskonferenz statt. Dem Komitee gehören an das Präsidium der Volk-konferenz sowie die Präsidenten, die Vizepräsidenten und Be-richterstatler der einzelnen Unterkommissionen. Die sowjet-russische Delegation ist durch einen Vizepräsidenten vertreten.

Man versucht gegenwärtig, durch privaten Meinungs-austausch zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten der Konferenz sowie des Völkerbundsekretariats eine Möglich-keit zur Lösung der durch den russischen Antrag geschaffenen Schwierigkeiten zu finden.

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, sind Be-zehrungen im Gange, den russischen Antrag in anderer Fas-sung in den allgemeinen Kommissionsbericht für die Weltwirt-schaftskonferenz zur Annahme vorzulegen.

Freitagvormittag zehn Uhr findet die erste Voll-sitzung des Koordinationskomitees statt. Ferner treten die In-dustriekommission sowie auch die Handelskommission zu ab-schließenden Vollsitzungen zusammen. Nach den bisherigen Dispositionen des Präsidiums der Konferenz ist zunächst die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Vollkonferenz für Samstag vorgesehen. Jedoch dürfte der Beginn der Voll-versammlung der Weltwirtschaftskonferenz von dem Ver-lauf der heutigen privaten Besprechungen und der morgigen Sitzung des Koordinationskomitees abhängen.

Eine furchtbare Familientragödie in Niefern

Niefern, bei Forstheim, 19. Mai. Heute früh zwis-chen 5 und 6 Uhr ereignete sich im hiesigen Orte eine furcht-bare Familientragödie. Die etwa 25 Jahre alte Ehefrau Emilie Sihn hatte mit ihrem Mann eine Eierschüssel-izene, bei der sie derart in Erregung geriet, daß sie ihr 6 Jahre altes Kind erschlug und sich selbst eine Reihe von Stichwunden im Gesicht beibrachte. Auf dem Wege ins Krankenhaus erlagen beide ihren schweren Verletzungen. Ihrem Mann schüttete sie eine Portion Salzsäure ins Ge-sicht, wodurch eine Gesichtshälfte stark verletzt wurde.

Wieder ein Straßenbahnunglück. — Zwei Tote.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Heute vormittag kurz vor 1/8 Uhr stieß in Frankfurt a. M. ein Straßenbahnzug mit einem Zug der Hafenbahn zusammen. Zwei Wagen wurden zer-trümmer. Bis jetzt konnten zwei Tote und mehrere Ver-letzte geborgen werden.

Einzelheiten zum Kasseler Straßenbahnunglück

Die Ursachen des Kasseler Straßenbahnunglücks noch nicht geklärt.

Kassel, 20. Mai. Nach einer halbamtlichen Darstellung spielte sich das furchtbare Straßenbahnunglück in Kassel folgendermaßen ab: Ein Hauptwagen, der mit 35—40 Per-sonen besetzt war, stand im Gleis. Die beiden Schaffner hatten für einen Augenblick den Wagen verlassen, als ein Passagier die Bremskupplung des 200 Zentner schweren Wagens löste. Der Motorwagen raste darauf mit einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern die sehr steile Straße herab. An einer Straßenkreuzung schlug der Wagen um und raste dann noch sechs Meter weiter. Pflöcklich hörten die Straßenpassanten aus einer dichten Staubwolke Schreie und Hilferufe. Auf das Signal „Großalarm“ wa-ren alle Sanitäts- und Hilfsmannschaften Kassels binnen weniger Minuten an der Unfallstelle. Nach längerer Ar-beit konnten neun Tote und achtzehn Schwerverletzte ge-borgen werden. Von den sechs inzwischen identifizierten Leichen konnte die Person des in Hessen sehr bekann-ten Justizrats Rinteln festgestellt werden, ebenso ein Kasseler Amtsgerichtsrats-Gehpaar. Heute wurden 50 Personen dar-über vernommen, ob die Bremskupplung in verbrecherischer Absicht gelöst worden ist. In Kassel herrschte gestern Stadt-trauer.

Aus Nah und Fern.

\* Sinsheim, 20. Mai. (Fahrplanänderung.) Ab 15. Mai, also nach Ausgabe der amtlichen Fahrplanblätter, wurden noch Änderungen vorgenommen, die infolgedessen in unserm Fahr-plänen nicht berücksichtigt werden konnten. Danach fällt das feith-rwochentags 13.30 (1.30 nachmittags) und sonntags 13.50 in Richtung Weibstadt gehende Postauto weg. Ferner verkehrt das in Richtung Weibstadt-Reichartshausen gehende Postauto 16.58 wochentags und sonntags.

Sinsheim, 20. Mai. (Wichtig für Rundfunkteilnehmer.) Vorgekommene Brandfälle geben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß es bei Benützung von Regenabläuffröhen als Schutz...

Sinsheim, 20. Mai. (Wie behandelt man Butter im Sommer?) Im Frühjahr sind die meisten Hausfrauen mit ihren Butterlieferanten unzufrieden. Warum wohl? Die Butter ist noch nicht weich genug...

Nöhrbach b. E., 20. Mai. (Die 50-jährige Jubiläumsfeier der heiligen Freim. Feuerweh.) nimmt bereits am Samstagabend mit einem Fackelzug und anschließendem Festbankett ihren Anfang.

Wiesloch, 19. Mai. (Seinen Verletzungen erliegen.) Der Landwirt Jakob Kamerlin, der, wie gemeldet, von dem durchgehenden Pferd eines Nachbarn auf dem Felde bei der Arbeit ungeriffen und schwer verletzt wurde...

Rot Malsch, 20. Mai. (Motorradunglück.) Gestern Nachmittag kurz vor 5 Uhr ereignete sich an der Straßenkreuzung an der Straße zwischen Malsch und Rotmalsch ein schweres Unglück.

Seidelberg, 20. Mai. (Probefüllung des Neckarkanals.) In der Zeit vom Sonntag, den 22. Mai, mittags 12 Uhr bis Dienstag, den 24. Mai, früh 5 Uhr, findet die erste Probefüllung des Seitenkanals der Staustufe Ladenburg statt.

Sennfeld b. Adelsheim, 20. Mai. (Lebensgefährlich verlegt.) Der Knecht Heinrich Grabeck erhielt von einem Pferd einen Tritt auf die Stirn, der ihn lebensgefährlich verlegte.

Wosbach, 20. Mai. (Tagungen.) Am 6., 7. und 8. Aug. wird der Badische Ratsschreibertag hier abgehalten werden.

Mannheim, 20. Mai. (Vor der Beilegung des Streiks an der Ingenieurschule.) Die statufundenen Einigungsverhandlungen zwischen der Direktion und der Studentenchaft der Ingenieurschule haben eine Einigung angebahnt.

Mannheim, 20. Mai. (Die Bestie Mensch.) Vor dem Großen Schöffengericht hatte sich der 35 Jahre alte Schlosser Hubert Esser an das Duldburger zu verantworten, der erst vor kurzem eine 10monatige Gefängnisstrafe verbüßt hatte.

Philippsthal, 20. Mai. (Allerhand Dummbheiten.) Am Montagvormittag kamen zwei Betrunkene aus Lingenfeld an das Karussell, um dort, während dieses in Bewegung war, allerhand Kunststücke auszuführen.

Karlruhe, 20. Mai. (Verhaftet.) Hier konnte eine

vielfach vorbehaftete Frau ermittelt und festgenommen werden, die sich in mehreren badiſchen Städten in Hotels eingeschlichen hatte und aus mehreren Zimmern Wertgegenstände entwendete.

Karlruhe, 19. Mai. (Zur Freiburger Jahrhundertfeier.) Eine amtliche Anstaltung zur Zentenarfeier in Freiburg sagt u. a. folgendes: Wie man bemerken konnte, haben sowohl der Erzbischof als die Kirchenregierung der Regierung des Landes Baden, vor allem dem Herrn Staatspräsidenten, während der ganzen Feierlichkeiten die größten Aufmerksamkeit und die ausgezeichnete Achtung erwiesen.

Nöhrbach (Würgtal), 19. Mai. (Schadenfeuer durch Blitzschlag.) In Baiersbrunn brannte das erst vor wenigen Jahren umgebaute Wohnhaus des Tagelöhners Otto Pfar vollständig nieder.

Nöhrbach (bei Zell), 19. Mai. (Schwerer Baumsturz.) Vorgehen nachmittag ereignete sich im Weisgebiet ein sehr schweres Unglück, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel.

Offenburg, 20. Mai. (In innerer Verblutung gestorben.) Das 6jährige Kind des Glasmalers Leib, das von dem Auto des Altenheimer Pfarrers überfahren wurde, ist an innerer Verblutung im städtischen Krankenhaus gestorben.

Neuenburg, 20. Mai. (Bei Ausgrabungsarbeiten für die Kanalisation stieß man auf Teile der alten Stadtmauer, die das frühere, durch viele Kämpfe heimgesuchte Neuenburg umgeben hat.)

Strasbourg, 20. Mai. (Gut abgelaufen.) Bei dem Pariser Schnellzug, der abends um 10 Uhr Strasbourg verläßt, lösten sich nach dem Verlassen der Station Wendenheim durch Bruch der Kuppelung 4 Wagen vom Zuge los.

Konstanz, 19. Mai. (Die Königin von Schweden) weilt seit einigen Tagen zum Kuraufenthalt auf der Insel Mainau.

Konstanz, 19. Mai. (Kindstiftung?) Vor einigen Tagen gab eine noch unbekannt Frau im Damenabort des oberen Konzilganges einem Kinde das Leben.

Sigmaringen, 19. Mai. (Vom Zug überfahren.) Dienstag früh sechs Uhr wurde zwischen Unterschmeien und Inzigkofen am Tunnelingang gegen Inzigkofen die Leiche eines etwa 20 bis 25jährigen Mädchens aufgefunden.

Lampertheim, 19. Mai. (Seinen Verletzungen erliegen.) Der vor sechs Wochen auf der Landstraße zwischen Kirchhaartshausen und Scharhof durch Zusammenstoß mit einem Radfahrer schwer verletzte Motorradfahrer, Ingenieurschüler H. Groß ist gestorben.

Landau, 19. Mai. (Auf der Landstraße zwischen Landau und Landau verlegte die Steuerung eines Personewagens. Durch rasches Bremsen überlief sich das Auto zweimal und wurde vollständig zertrümmert.)

Radio-Programm für Samstag den 21. Mai 1927.

Berlin (483), Königswusterhausen (1250), 20.30 Uhr. Lustiges, Wochenende. 22.30 Uhr, Tanzmusik.

Breslau (315), 20.10 Uhr, „Die Lügenbrücke“, Schwank von Raoul Ueberheimer. 21.00 Uhr, Bläserkonzert des Städtischen Orchesters Beuthen D./S. 22.15 Uhr, Tanzmusik.

Frankfurt (428), 15.00 Uhr, Jugendstunde. 16.30 Uhr, Konzert, Rich. Wagner. 17.45 Uhr, Vorträge. 20.15 Uhr, Heiterer Abend. Anschl. Ueberr. a. d. Tanzklausur Groß-Frankfurt.

Hamburg (394), 20.00 Uhr, „Frasquita“ Operette, Musik v. Fr. Lehár.

Königsberg (329) 20.15 Uhr, Slavischer Orchesterabend.

Langenberg (468), 20.05 Uhr, Düsseldorf: Arbeiterstunde. 21.15 Uhr, Köln: Lustiger Abend. Anschl. Tanzmusik.

Leipzig (365), 20.15 Uhr, Das Lied der Völker. 22.15 Uhr, Tanzm.

München (535), 19.30 Uhr, Bunter Abend. 22.30 Uhr, Tanzm.

Stuttgart (379), 13.10 Uhr, Nachr. Schallplattenkonz. 15.00 Uhr, Kinderstunde, 16.00 Uhr, Unterhaltungskonzert. 18.45 Uhr, Vorträge. 20.15 Uhr, Kammermusikabend. Anschl. Funkbrett. Anschl. Uebertragung v. Frankfurt.

Daventry (1600), 14.45 Uhr, Das königl. Turnier. 17.45 Uhr, Kinderstunde. 18.00 Uhr, Militärmusik. 19.15 Uhr, Konzert. 21.35 Uhr, Sonnabend-Revue. 22.30 Uhr, Tanzmusik.

Paris (1750), 12.30 Uhr, Radiokonzert. Orchester. 16.45 Uhr, Radio-Konzert, Tanzmusik. 20.30 Uhr, Radiokonzert.

Wien (517), 20.00 Uhr, „Das Mädel aus der Vorstadt“, Posse v. Joh. Nefzger. Anschl. Abend-Tanzkonzert.

Zürich (494), 20.00 Uhr, Bunter Allerlei. 22.20 Uhr, Tanzmusik.

Brno (348), 20.10 Uhr, Gollwells-Abend. 21.30 Uhr, Hörspiel.

Radio-Vertrieb E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. E.

Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren zugetrieben: 107 Küber, 7 Schafe, 155 Schweine, 783 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Küber...

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 19. Mai 1927.

Table with 2 columns: Commodity (Weizen, Roggen, Hafer, etc.) and Price (in Reichsmark).

Mannheimer Lebensmittelmarkt. Der gestrige Wochenmarkt zeigte eine gute Befriedigung.

Der gestrige Wochenmarkt zeigte eine gute Befriedigung. Es wurden folgende Preise verlangt: Frühkirschen 80 Pf. bis 1 M., Erdbeeren 4.50 M., Khabarber 10-15 Pf., Spargeln 80-90 Pf., dünnere Sorten 50-70 Pf., Suppenpargel sah man mit 40-45 Pf., Wirsing 25-30 Pf., Rotkraut 25 Pf., Weißkraut 22 Pf., Spinat 8-12 Pf., Kartoffeln 9-9.5 Pf.

Neueste amtliche Kurse vom 19. Mai 1927.

Table with multiple columns: Exchange rates for various currencies (Dollars, Pounds, etc.) and interest rates for different banks.

Wetterbericht. Voraussichtliche Witterung. Die Ausbreitung eines Hochdruckgebietes veranlaßt schönes Wetter mit Erwärmung.

Später kommen lokale Gewitter zur Entwicklung. - Samstag: Warm und schön, später Gewitterwolken. - Sonntag: Warm und schön, lokale Gewitterbildungen.

Solbad Rappennau ab 1. Mai geöffnet

Werktags vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 1-6 Uhr. Sonntags von vorm. 8 bis nachm. 3 Uhr.

Bier im Haushalt Braumellin (gesetzlich geschützt). (Malz und Hopfen enthaltend), Pflöckchen für 12 1/2 Liter - 75 RMk., für 25 Liter 1.25 RMk.

Alle sparen durch mich Pilo in der schwarzen Dose. Frachtbriefe liefert die G. Becker'sche Buchdruckerei.

Übler Mundgeruch wirkt abtöndend. Häßlich gefärbte Zähne entstehen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont beseitigt.

LOBAPARKET IHR BOHNERWACHS. Stempel und Klischees nach Zeichnung in Holzschnitt, Autotypie liefert und oder Fotografie Zinkätzung od. ausgeführt rasch billig.